



zugestellt durch pöst.at

D.-K., im August 2021

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Jugend und Freunde unserer Bürgerbewegung!

In der dritten Info-Aussendung 2021 wollen wir Sie/Euch über folgende Themen informieren:

- Sanierung Friedhof
- Gemeinde-App
- GR-Antrag auf anteilmäßige Kanalbenützungsgebühren für unsere Gastronomie-Betriebe auf Grund der Corona-Pandemie
- Neues Gehaltschema (Mindestlohn) für im Landesdienst und in den Gemeinden beschäftigte Arbeitnehmer/innen
- Maßnahmen von Bund und Land gegen Raser
- Nachdenkpause in der Causa „Neues Feuerwehrhaus“

Sanierung Friedhof

Unsere Friedhofsanlage und die Reparaturarbeiten in der Aufbahrungshalle sind nahezu fertig. Es fehlt noch das Entfernen der Thujen an der Nordseite bzw. eine neue Hecke als Windschutz sowie die Bepflanzung zur Straße hin. Es ist zu wünschen, dass viele Bürger/-innen mit dem Ergebnis zufrieden sind. Denn auch der Friedhof ist ein Stück unserer Identität, daher war es höchst an der Zeit, eine Erneuerung bzw. Ergänzung vorzunehmen, die auch den finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde entspricht.

Die Planungen für die Gestaltung des Hallenvorplatzes sowie die Sanierung der Fassade der Halle und des Glockenturmes sollten

noch in diesem Jahr beginnen, damit das Projekt im nächsten Jahr abgeschlossen werden kann!



Neuer Zaun, neue Sitzgelegenheiten

Bei der letzten Gemeinderatssitzung am 30.6.2021 wurde von uns außerdem ange-regt, als Serviceleitung für die Friedhofs-besucher **die Toilettenanlage in der Aufbah-rungshalle für alle Bürger ganztägig zu öff-nen**. Bürgermeisterin Reichl steht diesem Anliegen positiv gegenüber und wird nach Möglichkeit ein Offenhalten der Toiletten veranlassen.

Gemeinde - App

538 registrierte und **200** Gast-Nutzer haben im Zeitraum von ca. zwei Monaten rund **25.000** Profilaufrufe getätigt, das kann sich sehen lassen! Diese Zahlen bestätigen unsere Meinung, dass eine zeitgemäße Informations-politik sicher zu einer Image-Aufwertung unserer Gemeinde beiträgt. Daher ist es sicher auch notwendig, dass die weder vom Aussehen, der Struktur noch vom Inhalt her mehr zeitgemäße Gemeinde-Homepage durch einen moderneren und ansprechende-ren Internetauftritt ersetzt wird. Eine kosten-günstige Möglichkeit, das zu realisieren, ha-ben wir in der letzten GR-Sitzung aufgezeigt.

GR - Antrag auf anteilmäßige Kanalbenutzungsgebühren für unsere Gastronomie - Betriebe auf Grund der Corona - Pandemie

Während der Pandemie haben zum Beispiel das Gasthaus Himler oder die Mostschank Mosthartl die Kanalbenutzungsgebühren in vollem Umfang bezahlt, obwohl seit Beginn des ersten Lockdowns am 16.3.2020 bis zum Ende des dritten Lockdowns am 19.5.2021 ca. 42 Wochen kein normaler Geschäftsbetrieb möglich war.

Wir schlagen daher vor, dass aus Gründen der Fairness gegenüber unseren Gastro-Betrieben für die Kanalbenutzungsgebühren nur jene Flächen, die den privaten Bereich darstellen, belastet werden. Die Kanalgebüh-ren für die gewerblich genutzten Flächen soll-ten daher anteilmäßig für den Zeitraum (42 Wochen), in dem kein normaler Geschäfts-betrieb möglich war, erlassen werden.

Neues Gehaltsschema (Mindestlohn) für im Landesdienst und in den Gemeinden beschäftigte Arbeitnehmer/Innen

Mit dem Wahl-Slogan der SPÖ Burgenland „**Mindestlohn von € 1.700 netto**“ (Das sind in etwa € 2.450.- brutto) wollte diese ihre soziale (!) Kompetenz zeigen und hatte mit diesem populistischen und irreführenden Slogan bekanntlich Erfolg. Seit 1.1.2021 gibt es nun ein neues Gehaltsschema für die im Landesdienst und in den Gemeinden be-schäftigten Arbeitnehmer/innen, worin die-ser Mindestlohn berücksichtigt wird. Die Übernahme dieses Schemas für unsere Ge-meinde wurde bei der Gemeinderatssitzung am 30.6.2021 mit 19:2 Stimmen, rück-wirkend zum 1.1.2021, beschlossen.

Unsere Fraktion stimmte überwiegend nicht für dieses Schema, und zwar aus folgenden Gründen:

- Wir halten das für eine rein parteipol- litische, in ihrem Ansatz irreführende und populistische Aktion.
- Sie ist diskriminierend, weil nur für den öffentlichen Bereich geltend.
- Dieses Schema stellt keinerlei Mehr- wert für die Bürger/innen dar, son- dern es bewirkt genau das Gegenteil, es ist eine nicht unerhebliche finan- zielle Mehrbelastung für unsere Ge- meinde.

Von den 19 Arbeitnehmer/innen der Gemeinde werden elf in das neue Gehaltsschema wechseln. Laut Berechnung der Amtsleitung erhöhen sich dadurch die Personalkosten im Schnitt um ca. € 50.000.- pro Jahr. Das bedeutet, dass sich, statistisch gesehen, von 1.000 € Steuereinnahmen die Ausgaben für den Bereich „Verwaltung/Politik“ von derzeit € 298.- um ca. € 50.- erhöhen werden. Wenn man dann unsere Ausgaben mit den entsprechenden Werten von Rudersdorf mit € 242.- oder von St. Martin a.d. Raab mit € 221.- vergleicht, zeigt sich, dass unsere Gemeinde um ca. € 58.-(+23%) bzw. € 79.-(+36%) wesentlich mehr für den Bereich „Verwaltung/Politik“ ausgibt als die beiden Vergleichsgemeinden.

Diese Tatsachen sind ein weiterer Grund für unsere Ablehnung. Es ist daher notwendig zu hinterfragen, warum wir um ca. ein Viertel bzw. ca. ein Drittel höhere Ausgaben haben als die vorher genannten Gemeinden!

Datenquelle: (Wohin fließt der Steuereuro)
<https://vrv97.offenerhaushalt.at/gemeinde/deutsch-kaltenbrunn/finanzdaten/steuereuro>

Resümee:

Dass die SPÖ–Gemeinderäte diesem neuen Gehaltsschema zugestimmt haben, war zu erwarten. Das Argument der anderen Gemeinderäte: „Es sind doch unsere Leute, die damit mehr verdienen“, ist richtig. Es ist aber auch richtig, dass der „Rest“ der Bevölkerung davon nicht profitiert. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Bürger/innen finanziert die Zusatzkosten von ca. 50.000 € pro Jahr indirekt mit dem Betrag von ca. 29 € pro Einwohner! Das kann aus unserer Sicht nicht das Ziel einer solidarischen Gemeindepolitik sein! Diese Fakten sowie die populistische Parteipolitik, die für diese Aktion verantwortlich zeichnet, **entspricht nicht unseren Vorstellungen einer ausgewogenen und gerechten Gemeindepolitik.**

Maßnahmen von Bund und Land gegen Raser

Mit 1. September 2021 tritt das sogenannte **„Raser-Paket“ der Bundesregierung in Kraft.** Dieses bringt neben einer deutlichen Erhöhung des Strafrahmens auf € 5.000 eine Verdoppelung der Mindestentzugsdauer des Führerscheins und die Einführung des Strafbestandes „Beteiligung an illegalen Straßenrennen“ als besonders gefährliches Delikt in der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Nähere Details dazu sind u.a. im Netz ersichtlich!

Laut dem Österreichischen Gemeindebund ist es bedauerlich, dass in dem Maßnahmenpaket gegen das unverantwortliche Rasen mit keinem Wort eine verbesserte Kontrolle und intensivere Verkehrsüberwachung erwähnt wird. Gerade das genannte Maßnahmenpaket kann seine Wirkung aber nur entfalten, **wenn auch rigoros dort überwacht wird, wo gerast wird und wo besondere Gefahrenstellen liegen.**

Diese Tatsachen sowie die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Verkehrssicherheit in vielen Gemeinden, wie es etwa auch bei uns der Fall ist, hat das Land veranlasst, im November 2020 je zwei fix stationierte Radargeräte pro Bezirk zu installieren. Weiters werden demnächst den Gemeinden vom Land drei mobile Messgeräte zur Verfügung gestellt. Wobei diese drei Geräte für 171 Gemeinden für eine effektive und nachhaltige Wirkung wohl eher nicht ausreichend sein werden. Hier wird leider an der falschen Stelle gespart!

Laut Landesrat Dorner soll es bei den Kontrollen nicht um Abzocke gehen, sondern um die Verbesserung der Verkehrssicherheit unserer Bürger/-innen. **Eine Ansicht, die wir uneingeschränkt mit ihm teilen!** Wir haben daher Bgmin. Reichl aufgefordert, hier aktiv zu werden und sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen. Das ist lt. Bgmin. Reichl bereits erfolgt, was wir sehr begrüßen.

Andererseits war es trotz unserer mehrfachen Anregungen und des Versprechens seitens der Gemeinde noch nicht möglich,

das Geschwindigkeitsmessgerät an der Südausfahrt von Rohrbrunn, wie von Bürgern gefordert, weiter in Richtung Ortsausfahrt zu verlegen. Hier besteht Handlungsbedarf!

Nachdenkpause in der Causa „Neues Feuerwehrhaus“

Das Ergebnis zur Überprüfung des Raumbedarfes nach den Richtlinien für Feuerwehrhäuser des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes für das bestehende Feuerwehrhaus DK-Ort von liegt nun vor. Die „Projektentwicklung Burgenland“ erhob die folgenden wesentlichen Daten:

- Der Flächenbedarf (ohne Berücksichtigung einer Fusion) beträgt ca. 567 m². Dieser Bedarf ist ca. doppelt so groß wie die bestehende Fläche von 262 m².
- Die Errichtungskosten bewegen sich im Bereich von ca. € 1.000.000.- (+/- 15%) .
- Kosten für die Inneneinrichtung sind in diesem Wert nicht enthalten.
- Die derzeitige Lage entspricht nicht den Richtlinien.

Dass das bestehende Gebäude den heutigen Ansprüchen nicht mehr entspricht, ist ein unbestrittenes Faktum. Diese Sachlage trifft aber auch für das Gebäude der FF-Berg zu, das mit einer Fläche von ca. 200 m² sicher auch nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügt. Daher würden wir es als sinnvoll, zweckmäßig und finanziell vertretbar erachten, mit einem gemeinsamen Gebäude eine zeitgemäße Lösung zu finden.

Auf Grund des Alleinganges der FF-Ort wird es aus heutiger Sicht in absehbarer Zeit aber zu keiner Fusion kommen. Außerdem kann das Tunnelfahrzeug, das wir als Gemeinde nicht benötigen, im bestehenden Gebäude ohne wesentliche bauliche Maßnahmen stationiert werden. **Daher sollte man nach dem Motto „ Kommt Zeit, kommt Rat“ eine Nachdenkpause in der Planung einlegen.** Diese halten wir für dringend notwendig, weil auf Grund unserer finanziellen Lage der Hochwasserschutz, das neue Gehaltsschema, die Sanierung der Friedhofsanlage, die hohen laufenden Kosten für das Gemeindezentrum und dann noch ein neues Feuerwehrhaus unseren finanziellen Handlungsspielraum auf ein Minimum einschränken würde. Das wiederum **bedeutet für die weitere Entwicklung der Gemeinde weitgehend Stillstand.** Eine ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen werden wir nach Vorliegen der genauen Daten für das geplante neue Feuerwehrhaus präsentieren!

Noch einen schönen Sommer, erholsame Urlaubs- bzw. Ferientage wünscht

Ihr Team Pro KaRo-Brunn

P.S.: Bitte lassen Sie sich impfen!